

■ **BLZ:** Was können die berufsbildenden Schulen tun, um die Ausbildungssituation in den nächsten Jahren zu verbessern?

J. Seeck: Vorweg möchte ich an dieser Stelle betonen, dass es erstaunlich ist, wie wenig die Berufsbildung in Bremen in den letzten Jahren öffentlich wahrgenommen worden ist. Der überwiegende Teil der Jugendlichen durchläuft dieses System, das sind um die 70%, und doch war die Diskussion immer sehr stark auf die allgemeinbildenden Schulen bezogen. Die

man eben auch dieses Übergangssystem. Denn was soll man an dieser Stelle sonst machen? Es ist gesellschaftlich nicht zu verantworten, dass Jugendliche keine Erstausbildung bekommen. Die Politik, die Wirtschaft und die Schulen sind gefordert, allen Jugendlichen eine Erstausbildung zu ermöglichen. Und solange das nicht gewährleistet ist, brauchen wir auch ein Übergangssystem.

BLZ: Sind Sie für eine Ausbildungsgarantie?

J. Seeck: Ich bin dafür, dass man Ausbildungsplätze garantieren soll. Ob das aber durch eine gesetzliche Ausbildungsgarantie möglich ist, bleibt fraglich. Das eine ist, so ein Gesetz zu schaffen, das andere ist die gesellschaftliche Umsetzung. Die halte ich für viel wichtiger. Wir können es uns als Gesellschaft weder politisch noch ökonomisch erlauben, die Jugendlichen auf einem Abstellgleis zu belassen.

BLZ: Was wünschen Sie sich in diesem Zusammenhang vom Land Bremen?

J. Seeck: Wir brauchen in diesem Bereich natürlich auch die notwendigen Ressourcen für Bildung. Die Frage ist: Was ist dieser Gesellschaft Bildung eigentlich wert? Und Ausbildung kostet natürlich auch etwas. Dazu gibt es ganz unterschiedliche Vorschläge. Ein alter Vorschlag der Gewerkschaften ist z.B. eine Ausbildungsplatzabgabe. Auch diese muss noch einmal diskutiert werden. Notwendig ist, dass alle an der Ausbildung Beteiligten im Gespräch bleiben und sich an einem Tisch zusammensetzen – Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Schulen – und fragen, wie das System insgesamt noch weiter verbessert werden kann.

BLZ: Haben Sie dazu konkrete Ideen?

J. Seeck: Es bleibt das Ziel, im dualen System möglichst viele Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Es muss ergänzend auch ein System einer guten staatlichen Berufsausbildung und Berufsvorbereitung geben. Die Werkschule an den berufsbildenden Schulen, die angelaufen ist, ist ein sinnvoller Weg. Auch die Idee, eine Jugendberufsagentur zu schaffen, ist zu prüfen, um das System zu verbessern. Jedem jungen Menschen eine vernünftige Erstausbildung zu vermitteln, ist eine sehr komplexe Aufgabe, und niemand kann behaupten,

er oder sie hätte dafür die universelle Lösung. Die Jugendlichen bringen da ganz unterschiedliche Voraussetzungen und Interessen mit.

BLZ: Ist Ihrer Auffassung nach die Beratung in Bremen gut geregelt oder gibt es Anlass zur Kritik?

J. Seeck: Es ist generell problematisch, dass in Bremen – wie auch bundesweit – jeder vierte bis fünfte Jugendliche seine Ausbildung wieder abbricht. Dafür gibt es sicherlich viele Gründe. Ein Grund ist die Beratung. Jeder Jugendliche muss über die ganze Bandbreite der Möglichkeiten beraten werden. Wir wissen, auch aus eigenen Untersuchungen: Je besser die Vorinformation war, desto geringer ist die Abbruchwahrscheinlichkeit. Der Arbeitskreis vertritt die Auffassung, dass die Beratung deutlich verbessert werden könnte. Das Berufsbildungssystem ist ziemlich komplex. Das Know-how über das System liegt wesentlich bei den berufsbildenden Schulen, aber wir werden in das eigentliche Beratungssystem zu wenig einbezogen. Und es ist gegenwärtig nicht gegeben, dass alle SchülerInnen der Abschlussklassen auch vernünftig beraten werden. Da gibt es Nachholbedarf. Es gibt Schulen, die sehr gute Beratungen im Rahmen der Berufsorientierung machen, es gibt aber auch Schulen, die an dieser Stelle überfordert sind. U.a. gibt es die Kontaktlehrer in diesen Schulen nicht mehr, die Funktionsstellen sind umgewandelt worden, und auch das wirkt sich aus. In der Vergangenheit haben die SchülerInnen der Sek. I mit ganzen Klassen die Berufsschulen besucht. Das gibt es heute kaum noch.

BLZ: Wie können die berufsbildenden Schulen dazu beitragen, die Abbrecherquote zu vermindern?

J. Seeck: Hinter jedem Beruf stehen ganz bestimmte Qualifikationen, die zu vermitteln sind. Es gibt z.B. allein im IT-Bereich die verschiedensten Berufe, die ohne umfassende Sachkenntnis kaum voneinander unterschieden werden können. Man muss sich die Zeit nehmen, herauszubekommen, wo bei den SchülerInnen die Kompetenzen und Interessen liegen. Ich finde in diesem Zusammenhang die Potentialanalyse eine gute Idee, aber da sind wir ganz schnell auch bei den Ressourcen: Was kostet so etwas? Im Verhältnis zu einem

»Das Berufsbildungssystem ist ziemlich komplex«

Interview mit Joachim Seeck

Berufsbildung in Bremen ist sehr gut aufgestellt. Wir belegen in Vergleichsstudien seit Jahren immer die obersten Plätze. Und das mit einer Ressourcenausstattung, die sowohl im Bundesvergleich als auch im Vergleich zur Allgemeinbildung unterdurchschnittlich ist. Der Arbeitskreis hat im Jahr 2009 ein Memorandum herausgegeben, in dem wir darauf hinweisen, was die berufsbildenden Schulen eigentlich quantitativ und qualitativ leisten. Sie ermöglichen z.B. eine sehr breit gefächerte duale Berufsausbildung, sie ergänzen dieses Angebot, um auf Ihre Frage zu kommen, durch ein sehr hochwertiges vollschulisches Berufsausbildungsangebot, z.B. bei den ErzieherInnen oder in den Assistentenberufen, bei denen wir – das wissen wir aus Verbleibsuntersuchungen – nachweisen können, dass wir einen großen Beitrag mit hoher Qualität u.a. auch zur Beseitigung des Fachkräftemangels leisten. Und wir haben zum Dritten das Übergangssystem. Dieses Übergangssystem versucht man zu reduzieren, weil man möglichst viele Jugendliche in die Erstausbildung bringen will – eine wichtige vorrangige Zielsetzung. Dazu kann ich nur sagen: Solange Jugendliche diese Plätze nicht finden, solange braucht



Joachim Seeck,
Sprecher des
Arbeitskreises der
Berufsschulleitungen

Ausbildungsabbruch ist eine gute Beratung aber auch ökonomisch verhältnismäßig günstig. Im Übrigen hat das in den Bremer Vereinbarungen angesprochene Ziel, das sogenannte »Matching« zu verbessern, also die Abstimmung von Ausbildungswünschen und Ausbildungsplätzen zu optimieren, ebenfalls viel mit einer Verbesserung des Beratungssystems zu tun.

BLZ: *Ein weiteres Thema – die Autonomie. Wenn Sie ein Zwischenfazit ziehen, was würden Sie sagen?*

J. Seeck: Wenn ich von unserem Memorandum von 2009 ausgehe, dann begreifen sich die berufsbildenden Schulen als Motoren der Modernisierung. Wir sind Vorreiter bei der Einführung einer systematischen Qualitätsentwicklung, bei der Einführung der budgetierten Ausgabensteuerung und bei der Bewirtschaftung eines Personalbudgets. Und wir haben in all diesen Bereichen positive Erfahrungen gemacht. Die Philosophie, die dahinter steht, ist dass die Entscheidungen dort getroffen werden sollten, wo sie auch wirksam werden. Nach dieser Erkenntnis handeln übrigens auch viele erfolgreiche Unternehmen, aber auch Schulen in anderen Bundesländern bzw. im europäischen Ausland.

BLZ: *Werden dadurch die Schulleiter zu Managern?*

J. Seeck: Dieses sind sie zu einem gewissen Teil, u.a. je nach Schulgröße, ohnehin. Viele der Direktoren im berufsbildenden Bereich haben natürlich auch eine hohe Affinität dazu. Einige haben Ökonomie studiert. Aber das ist nicht der Hauptpunkt. Entscheidend ist: Wie kommt das Wirken der Schulleitungen bei den Schülerinnen und Schülern an? Dabei ist es sinnvoll, die unterschiedlichen Dimensionen von Autonomie zu betrachten. Früher gab es ganz langwierige Beschaffungsvorgänge. Häufig führten diese zu nicht sachgerechten oder verspäteten Beschaffungen. Dann brach das »Dezemberfieber« aus. Man wollte zum Jahresende irgendetwas beschaffen. Das ist alles besser geworden: die Identifikation und die Effektivität. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass man diese Prozesse der Autonomie weiter in das Kollegium hineinvermittelt, und den Abteilungen und Bildungsgängen

Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Es muss im Rahmen finanzieller Autonomie auch möglich sein, dass wir Rücklagen bilden, gerade wenn es um größere Beschaffungen geht. Sinnvoll wäre auch ein eigenes Giro-Konto, wie das in einigen anderen Bundesländern der Fall ist. Im personellen Bereich lässt sich feststellen, dass sich aufgrund der Budgetierung – unter sonst gleichen Bedingungen – die Personalversorgung verbessert, was sowohl den Schülerinnen und Schülern als auch dem Personal selbst zu Gute kommt. Natürlich gehört zur Eigenständigkeit auch die Rechenschaftslegung. Dazu sind wir selbstverständlich gern bereit.

BLZ: *Voraussetzung dafür ist jedoch, dass ausreichende Mittel vorhanden sind.*

J. Seeck: Selbstverständlich ist es immer ein Problem, wenn sehr knappe oder auch zu knappe Mitteln zur Verfügung stehen. Nehmen wir das Beispiel des Sanierungsstaus. Wir haben auch an den berufsbildenden Schulen in ganz vielen Bereichen deutlichen Sanierungsbedarf. Da ist unsere Forderung: Sanierung geht vor Neubau. Auch die Netzwerkbetreuung ist in den Schulen grenzwertig. Hier ist letztendlich wieder die entscheidende Frage, was der Gesellschaft die Bildung wert ist. Die Bildungssenatorin kann das Geld auch nicht drucken, sondern sie muss die Mittel einfordern. In einigen Bereichen brauchen wir auch eine bessere Ausstattung mit technischen Geräten. Wenn wir an die personelle Ausstattung denken, dann fehlt uns dringend Leitungszeit. Hier besteht im beruflichen Bereich Nachholbedarf. Das zeigt auch der Vergleich mit den anderen Bundesländern. Außerdem haben wir im beruflichen Bereich im Vergleich zu anderen Bundesländern eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit Funktionsstellen. Nicht zu vergessen ist, dass auch der berufliche Bereich Personalkürzungen unterworfen ist. Es gibt »Stauchungen« – d.h. es werden den Schulen weniger Stunden zugewiesen, als das Stunden-Soll beträgt. Gleichwohl steigen die Chancen im Rahmen von vermehrter Eigenständigkeit adäquate Lösungen zu finden, wobei es allerdings von nicht unerheblicher Bedeutung ist, dass sich die Behörde als »Unterstüt-

zungssystem« für die Schulen versteht.

BLZ: *Die Inklusion wird eine neue Herausforderung für die Berufsschulen sein. Was wird da getan?*

J. Seeck: Wir arbeiten daran gerade in einer Arbeitsgruppe mit der Behörde zusammen. Das ist ein guter Ansatz. Man merkt an dieser Stelle auch den positiven Stil der neuen Senatorin. Das Haus ist bemüht, gemeinsam mit den Schulen Dinge zu entwickeln. Die beruflichen Schulen sind seit Jahrzehnten inklusiv tätig, ohne jede Ressource dafür. Z.B. ist es eine alte Forderung, dass wir an jeder Schule eine/n Sozialpädagogen/in haben, um die jungen Menschen mit teilweise gravierenden Problemen besser mitnehmen zu können.

BLZ: *In den letzten Jahren ist die Schulorganisation verändert worden. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?*

J. Seeck: Ich halte die Entwicklung für problematisch. Gerade die Sek.-II-Zentren haben in der Vergangenheit sehr gut gearbeitet und bewährte Strukturen mit diversen Vorteilen aufgebaut. Man sieht, dass gerade bei PISA erfolgreiche Länder so arbeiten, das ist m.E. kein Zufall. Dort wechseln die SchülerInnen nach Klasse 9 oder 10 die Schule, und gerade bei einem Wechsel werden wichtige Schlüsselqualifikationen gefördert, die sowohl für das Studium als auch für den Beruf sehr wichtig sind, vor allem im Bereich der Sozialkompetenz. Die SchülerInnen finden sich neu zusammen, sie erschließen neue Freundeskreise und sie sind in keiner Form stigmatisiert. Gerade die Sek.-II-Zentren haben zwei wichtige – allseits anerkannte – bildungspolitische Funktionen erfüllt: Die Erhöhung der Bildungsbeteiligung und die Entkopplung von sozialer Ungleichheit und Bildungschancen. Dieses liegt übrigens auch daran, dass die Sek.-II-Zentren durch die Berufsbezüge in den Schulen naturgemäß gute Voraussetzungen haben, um Theorie und Praxis beim Lernen miteinander zu verbinden, wovon insbesondere Schüler profitieren, die sich Wissen bzw. Kompetenzen gerne handlungsorientiert aneignen und dieses sind häufig auch Schülerinnen und Schüler aus bildungsferneren Schichten.

BLZ: *Vielen Dank für das Interview. Die Fragen stellte Karsten Krüger*